

eine Gewalteskalation zu verhindern? Hier hat man wirksam die Waffenlieferungen in die Konfliktregion unterbunden?

Nicht nur das Instrument der direkten gewaltfreien Aktion ist ausgearbeitet und einsatzbereit, wie Wolfgang Sternstein schreibt. Das gleiche gilt weitgehend für den ganzen Strauß an Instrumenten der Zivilen Konfliktbearbeitung. Wenn ich erkennen muss, dass meine Kraft nicht reicht, den Einsatz dieser zivilen Mittel durchzusetzen, kann ich durchaus auf das Handeln verzichten, wenn dieses Handeln bedeuten würde, der militärischen Gewalt das Wort zu reden. Im Zusammenhang mit Völkermord wird der Gewalteininsatz oft als wahrer Heilsbringer betrachtet, ohne zu schauen, was ein Gewalteininsatz real bewirken kann: Auch ein Militäreinsatz braucht eine Vorlaufzeit, die ich alternativ auch für zivile Maßnahmen nutzen könnte. Deeskaliert ein Militäreinsatz einen Konflikt oder führt er zu einer Steigerung der Gewalt? Wo sind denn die zahlreichen Beispiele, in denen Militär einen Völkermord verhindert hat?

Wenn Millionen Menschen in der 3. Welt sterben, weil bei uns Geld für Rüstung ausgegeben

wird, statt dort Hunger und Krankheit zu bekämpfen, dann ist das kein Versagen des Pazifismus, sondern ein Versagen unserer herrschenden politischen Eliten. Und so ist es auch ein Versagen der herrschenden Politik, wenn sie die vorhandenen Instrumente zur Deeskalation und Bearbeitung von Konflikten nicht rechtzeitig nutzt, um einen drohenden Völkermord zu verhindern. Sich hier den Lockungen des scheinbar allein helfenden Gewalteinsetzes zu widersetzen ist kein Dogmatismus, sondern die Erkenntnis, dass ich mich meiner politischen Ernsthaftigkeit und meines Vertrauens in die eigenen Mittel beraube, wenn ich hier nachgebe. Und diese politische Ernsthaftigkeit ist es, die der Pazifismus braucht, um die Zivile Konfliktbearbeitung den Menschen als überzeugende Alternative anbieten zu können, eine Mehrheit für Abrüstung und eine Stärkung des Völkerrechts zu gewinnen. Alles andere verschafft der militärischen Gewalt neue Legitimität und verlängert ihre Vorherrschaft.

Joachim Schramm ist aktiv in der DFG-VK und in der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK.

Reinhard J. Voß

Von falschen Freunden und schiefen Vergleichen

23

So sehr ich Wolfgang Sternstein schätze, so sehr irritiert mich seine recht undifferenzierte Bemerkung, er erkenne an, »dass militärische Gewaltandrohung oder -anwendung einen Massen- oder Völkermord verhindern können«.

Ich höre seit Jahren in den Gesprächen von pax christi mit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) dieses Argument, das von deren Seite gleichzeitig als ebenso undifferenzierte Rechtfertigung des gegenwärtigen riesigen NATO-Militärapparates eingesetzt wird. Was mich daran stört, ist dies: Wir bemühen uns seit Jahren in Friedensbewegung und Kirchen, verstärkt seit dem 11. September 2001, weltweit Polizeistrukturen im UN- oder weltregionalen Rahmen zu fordern, die Terrorismus und Völkermord präventiv, aber auch situativ verhindern sollen; und bekommen von soldatischer Seite immer zu hören: das ist doch das Gleiche – wir sind solche! Sie verstehen sich als »Feuerwehrleute«, als Friedens-, Menschenrechts-, Bevölkerungs- bzw. Minderheitenschutz etc. Dass dies in UN-Einsätzen vor 1989 meistens und auch heute manchmal der Fall ist, will ich gerne konzessieren, z.B. noch derzeit in Afghanistan, wenn man allerdings ausblendet, dass dieses Land unter ihren Augen und mit ihrer Duldung »auf dem Weg zum Drogenstaat« ist (UN-Zitat, Süddeutsche Zeitung vom 03.03.2005).

Hier hören wir von Seiten der GKS übrigens in ihrer Erklärung »Der Friede ist möglich!« vom Dezember 2004 selbstkritische und politisch fordernde Töne: »(3) Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist durch negative Erfahrungen deutscher Soldaten bei Friedenseinsätzen beunruhigt. (...) (4) Neben der militärischen Stabilisierung sind vor allem effektiver Polizeischutz, wirtschaftliche Entwicklung, Stärkung der Zivilgesellschaft und Entwicklung einer rechtsstaatlichen Demokratie Voraussetzungen zum Entstehen weiterer Regionen des Friedens.«

Aber Soldaten thematisierten bisher nach meiner Erfahrung kaum den politischen Gesamtrahmen, in dem sie eingesetzt werden (bzw. werden könnten). Die erwähnte Erklärung ist eine Ausnahme und vielleicht auch unserem Dialog geschuldet. Dass bedrohte Bevölkerungen geschützt werden müssen, muss international wie national künftig durch demokratisch legitimierte und kontrollierte (!) Polizei geschehen. Militär und Krieg bisheriger Form sind historisch überholt, ethisch widerlegt (»Gerechter Friede«) und im Massenvernichtungszeitalter brandgefährlich – was gerade auch durch die erneuerte US-Strategie globaler Kriegführung und den Versuch globaler Kontrolle von Macht, Weltwirtschaft, Rohstoffen und tendenziell auch von Glaubens- und Lebensweisen deutlich wird.

Hier geht es nicht um »dogmatischen Pazifismus«, sondern um realistische Perspektiven einer künftigen Weltinnenpolitik!

Wir haben in den letzten fünfzehn Jahren kleine, aber wichtige Fortschritte auf dem Wege zur nicht-staatlichen und staatlichen Organisation ziviler Konfliktverhütung und -bearbeitung gemacht. Friedensarbeit wird zum Beruf und erschöpft sich nicht mehr nur im Protest und Zeugnis. Der Zivile Friedensdienst ist das sichtbarste, aber leider noch total unterfinanzierte Zeichen. Er muss sich hüten – und er tut es –, sich einer staatlich bestimmten »zivil-militärischen Zusammenarbeit« einzufügen. Denn, so wurde in den »Leitgedanken 2004« grundsätzlich vom Forum ZFD festgestellt:

»Bewaffnete Kräfte der Konfliktparteien sind Akteure einer gewaltsamen Konfliktaustragung. Sie kommen für den ZFD im Rahmen seiner Gespräche mit den Konfliktparteien als Gegenüber, nicht jedoch für eine Zusammenarbeit in Betracht.« Immer wieder wurden wir von den Soldaten in unseren Gesprächen aufgefordert, die »Komplementarität« beider als politischen »Mix« anzuerkennen. Meine und die Antwort im besagten Grundsatzpapier lautet:

Ein- und Unterordnung – nein, aber Kontakte vor Ort – ja, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:

- a) Anerkennung der Mandatierung von Konfliktparteien und Bevölkerung;
- b) Verzicht auf Verbindlichkeit im Sinne von Verabredungen zur Zusammenarbeit (d.h. Kooperation nur, wenn Rückzug möglich bleibt);
- c) Erkennbares eigenes ZFD-Profil vor Ort (wegen der Gefahr der Vermischung in den Augen der Bevölkerung);
- d) Nützlichkeit der Kontakte für die Ziele des ZFD-Projektes.

Der »Aktionsplan Krisenprävention« der Bundesregierung aus dem letzten Jahr hat ebenfalls viele Anregungen der Zivilgesellschaft staatlich aufgegriffen, leidet aber unter mangelnder Umsetzung, sprich: finanzieller Ausstattung.

Ich möchte ausdrücklich hinzufügen, dass ich die Argumente der Staatsabhängigkeit sehr ernst nehme – als jemand, der den nichtstaatlichen christlichen Ansatz des »Schalomdiakonats« in den 1990er Jahren mit entwickelt und aufgebaut hat (www.schalomdiakonats.de). Wir werden staatliche Initiativen der zivilen Konfliktprävention und -bearbeitung nur dann weiter entwickeln können, wenn wir unsere innere und auch organisatorische Unabhängigkeit bewahren – zumindest in großen Teilen der Friedensbewegung. So ist pax christi zugleich institutionelles Mitglied beim unabhängigen Oekumenischen Dienst Schalomdiakonats (OeD) und beim staatlich geförderten Forum Ziviler Friedensdienst (Forum ZFD) – abgesehen von den kirchlichen Bindungen unserer Bewegung, die weltweit und staatsunabhängig sind.

Würde nur die Parität zwischen militärischen und zivilen Ausgaben zur Konflikt-Intervention erreicht, so wäre eine hundertzwanzigjährige Utopie – ich denke an die Zeiten Bertha von Suttners – bald Wirklichkeit, weil die Effizienz nichtmilitärischer Wege offenbar würde. Militär ist nie oder selten (und dann nur als besiegt) gezwungen gewesen, sich auch nur nachträglich für sein Scheitern zu rechtfertigen. Zivile Konfliktbearbeitung musste sich schon immer vor ihrem Gelingen rechtfertigen.

■ ... töricht, falsch und ablenkend

Damit bin ich bei Sternsteins These über das Versagen des Pazifismus beim Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland – womit er der törichten These des ansonsten von mir sehr geschätzten Heiner Geißler gefährlich nahe kommt, die Pazifisten seien für diesen Aufstieg verantwortlich und schuldig zu sprechen. Das ist falsch und lenkt zudem von den wirklichen Ursachen des NS-Aufstiegs ab wie den politischen, kulturellen, ökonomischen und ideologischen.

Über das hinaus, was Andreas Buro dazu schon im *Forum Pazifismus* (FP 2004, Heft 03, Seiten 3-10) geschrieben hat, gebe ich zu bedenken, dass der deutsche Pazifismus bis 1927/28 noch nicht mehrheitlich offen für Kriegsdienstverweigerung eintrat – insofern träfe ihn dieser Pazifismusvorwurf also gar nicht; erst der Briand-Kellogg-Pakt von 1928 eröffnete, allerdings viel zu spät, eine alternative Vision ziviler internationaler Konfliktlösungen. Aber 1929/30 zerfiel dann schon das Anfang des Jahrzehnts gegründete »Deutsche Friedenskartell« wieder – bezeichnenderweise wegen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Beteiligung an militärischen Planungen (Panzerkreuzerbau); es war der erste Groß-Versuch gewesen, Pazifismus strikt antimilitaristisch zu definieren. Schon dies zeigt, wie schief der erwähnte Vorwurf historisch gesehen ist und wie sehr er an der damaligen Wirklichkeit vorbei geht. (*Ich habe das näher ausgeführt in: Tilman Evers (Hrsg.): Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden, Opladen 2000, S. 127-144: Geschichte der Friedensdienste in Deutschland; hier: S.128-131*)

Der pazifistische Zeitgeist erwachte Ende der Zwanziger Jahre zu spät – und zwar insgesamt – trotz der jahrelangen vorherigen Appelle von Bertha von Suttner und anderen Pionieren des Antimilitarismus.

Verglichen mit den späten 1920er Jahren macht mir die Verbreitung des pazifistischen Zeitgeistes heute doch Mut, gerade auch angesichts neuer rechtsradikaler Tendenzen.

Dr. Reinhard J. Voß ist Generalsekretär der deutschen Sektion von pax christi.